

Niedersächsisches Ministerialblatt

57. (62.) Jahrgang

Hannover, den 14. 2. 2007

Nummer 7

INHALT

A. Staatskanzlei

Bek. 31. 1. 2007, Generalkonsuln in der Bundesrepublik Deutschland	123
Bek. 7. 2. 2007, Honorarkonsuln in der Bundesrepublik Deutschland	123

B. Ministerium für Inneres und Sport**C. Finanzministerium**

RdErl. 29. 12. 2006, Lohnsteuer; Bewertung der Gemeinschaftsunterkunft bei Angehörigen der Bundeswehr, der Bundespolizei und der Polizei des Landes Niedersachsen ab Kalenderjahr 2007	124
RdErl. 29. 12. 2006, Lohnsteuerliche Behandlung von unentgeltlichen oder verbilligten Mahlzeiten der Arbeitnehmer im Kalenderjahr 2007	124
RdErl. 1. 2. 2007, Anpassung des Wertes der Personalunterkünfte nach § 4 der Tarifverträge über die Bewertung der Personalunterkünfte	124

D. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**E. Ministerium für Wissenschaft und Kultur****F. Kultusministerium**

Bek. 29. 1. 2007, Diözese Hildesheim; Kirchensteuerbeschluss für das Haushaltsjahr 2007	125
Bek. 29. 1. 2007, Diözese Osnabrück; Neufassung des Kirchensteuerbeschlusses für das Haushaltsjahr 2007	125
Bek. 29. 1. 2007, Bischöflich Münstersches Offiziatat; Neufassung des Kirchensteuerbeschlusses für den Oldenburgischen Teil der Diözese Münster für das Haushaltsjahr 2007	125

G. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**H. Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

RdErl. 2. 2. 2007, Umorganisation der Niedersächsischen Forstlichen Versuchsanstalt	125
79100 00 00 30 021	

I. Justizministerium**K. Umweltministerium****Landesmedienanstalt**

Bek. 1. 2. 2007, Zulassungsverfahren zur Veranstaltung von Hörfunk; Ausschreibung der terrestrischen Mittelwellenfrequenz Braunschweig 630 kHz	125
--	-----

Landeswahlleiter

Bek. 10. 1. 2007, Gesamtergebnis der Wahlen für die kommunalen Vertretungen am 10. 9. 2006	125
--	-----

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Hannover

Bek. 14. 2. 2007, Ergebnis des Screening-Verfahrens gemäß § 3 a UVPG (Rostkühler der Firma Holcim [Deutschland] AG, Werk Höver)	137
---	-----

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

Bek. 15. 1. 2007, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Versandschlachterei Vogler, Luckau)	137
--	-----

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg

Bek. 29. 1. 2007, Feststellung gemäß § 3 a UVPG; Öffentliche Bekanntmachung (Deutsche BP Aktiengesellschaft Erdöl-Raffinerie Emsland)	137
Bek. 6. 2. 2007, Feststellung gemäß § 3 a UVPG; Öffentliche Bekanntmachung (Papier- und Kartonfabrik Varel GmbH & Co. KG, Varel)	137

Berichtigungen

Neuerscheinungen	138
------------------------	-----

A. Staatskanzlei**Generalkonsuln in der Bundesrepublik Deutschland****Bek. d. StK v. 31. 1. 2007 — 204-11700-5NZ —**

Die Bundesregierung hat der zur Leiterin der berufskonsularischen Vertretung von Neuseeland in Hamburg ernannten Frau Jennifer Leslie Scoular am 18. 1. 2007 die vorläufige Zulassung als Generalkonsulin erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst die Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Das der bisherigen Generalkonsulin, Frau Marta Anna Mager, am 7. 2. 2003 erteilte Exequatur ist bereits am 28. 9. 2006 erloschen.

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 123

Honorarkonsuln in der Bundesrepublik Deutschland**Bek. d. StK v. 7. 2. 2007 — 204-11700-3KZ —**

Das Herrn Dieter F. Kindermann am 24. 1. 2001 erteilte Exequatur als Honorarkonsul der Republik Kasachstan in Hannover mit dem Konsularbezirk Länder Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein ist mit Ablauf des 21. 1. 2007 erloschen.

Die honorarkonsularische Vertretung der Republik Kasachstan in Hannover ist somit geschlossen.

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 123

C. Finanzministerium

Lohnsteuer;

Bewertung der Gemeinschaftsunterkunft bei Angehörigen der Bundeswehr, der Bundespolizei und der Polizei des Landes Niedersachsen ab Kalenderjahr 2007

RdErl. d. MF v. 29. 12. 2006 — S 2334-25-35 —

Bezug: RdErl. v. 29. 12. 2005 (Nds. MBl. 2006 S. 65)

Durch die Sozialversicherungsentgeltverordnung (SvEV) vom 21. 12. 2006 (BGBl. I S. 3385) sind die amtlichen Sachbezugswerte ab Kalenderjahr 2007 festgesetzt worden.

Ab Kalenderjahr 2007, in den neuen Ländern ab Kalenderjahr 2008, ist hiernach die unentgeltliche Gestellung einer Unterkunft einschließlich Heizung und Beleuchtung lohnsteuerlich wie folgt zu bewerten:

I. Bundeswehr

...

II. Bundespolizei

...

III. Polizei des Landes Niedersachsen

1. Bei Beamtenanwärterinnen oder Beamtenanwärtern 39,60 EUR,
2. bei allen anderen Angehörigen der Polizei des Landes Niedersachsen, die eine Gemeinschaftsunterkunft in Anspruch nehmen, ist der Wert nach den Unterkunftsverhältnissen im Einzelfall und nach den Vorschriften der SvEV zu ermitteln.

Abweichend von den unter I. und II. genannten Werten ist die unentgeltliche Gestellung einer Unterkunft einschließlich Heizung und Beleuchtung **in den neuen Ländern im Kalenderjahr 2007** lohnsteuerlich wie folgt zu bewerten:

IV. Bundeswehr

...

V. Bundespolizei

...

Die angegebenen Werte sind Monatsbeträge. Für kürzere Zeiträume als einen Monat ist für jeden Tag ein Dreißigstel des Monatsbetrages zugrunde zu legen. Bei entgeltlicher Gestellung einer Unterkunft ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem nach diesem RdErl. ermittelten Wert und dem tatsächlichen Entgelt zu versteuern.

Die unentgeltliche oder verbilligte Gestellung einer Unterkunft ist lohnsteuerlich nicht zu erfassen, soweit entsprechende Aufwendungen der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers nach R 43 LStR 2004 als Werbungskosten abziehbar wären.

An die
Oberfinanzdirektion Hannover
Finanzämter

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 124

Lohnsteuerliche Behandlung von unentgeltlichen oder verbilligten Mahlzeiten der Arbeitnehmer im Kalenderjahr 2007

RdErl. d. MF v. 29. 12. 2006 — S 2334-35-35 —

Bezug: RdErl. v. 28. 12. 2005 (Nds. MBl. 2006 S. 64)

Mahlzeiten, die arbeitstäglich unentgeltlich oder verbilligt an die Arbeitnehmer abgegeben werden, sind mit dem anteiligen amtlichen Sachbezugswert nach der Verordnung über die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung von Zuwendun-

gen des Arbeitgebers als Arbeitsentgelt (Sozialversicherungsentgeltverordnung — SvEV —) zu bewerten. Dasselbe gilt für Mahlzeiten zur üblichen Beköstigung anlässlich oder während einer Auswärtstätigkeit oder im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung. Die Sachbezugswerte ab Kalenderjahr 2007 sind durch die Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 21. 12. 2006 (BGBl. I S. 3385) festgesetzt worden. Hier nach beträgt der Wert für Mahlzeiten, die ab Kalenderjahr 2007 gewährt werden, einheitlich bei allen Arbeitnehmern in allen Ländern

- | | |
|------------------------------------|-----------|
| a) für ein Mittag- oder Abendessen | 2,67 EUR, |
| b) für ein Frühstück | 1,50 EUR. |

Im Übrigen wird auf R 31 Abs. 7 und 8 LStR 2005 hingewiesen.

Dieser RdErl. ergeht im Einvernehmen mit dem Bundes ministerium der Finanzen und den obersten Finanzbehörden der anderen Länder. Er entspricht dem BMF-Schreiben vom 29. 12. 2006 — IV C 5-S 2334-92/06 —, das im BStBl I S. 785 veröffentlicht ist.

An die
Oberfinanzdirektion Hannover
Finanzämter

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 124

Anpassung des Wertes der Personalunterkünfte nach § 4 der Tarifverträge über die Bewertung der Personalunterkünfte

RdErl. d. MF v. 1. 2. 2007 — 25 86 00/1 —

Nach § 4 der Tarifverträge über die Bewertung der Personalunterkünfte vom 16. 3. 1974 für Angestellte bzw. für Arbeiter, die gemäß § 36 TV-L zunächst weiter gelten, sind die in § 3 Abs. 1 und 4 Unterabs. 3 dieser Tarifverträge genannten Beträge jeweils zu demselben Zeitpunkt und um denselben Vomhundertsatz zu erhöhen oder zu vermindern, um den der aufgrund des § 17 Abs. 1 SGB IV in der Sozialversicherungsentgeltordnung (SvEV) allgemein festgesetzte Wert für Wohnungen mit Heizung und Beleuchtung erhöht oder vermindert wird.

Der maßgebende Sachbezugswert ist vom 1. 1. 2007 an von bisher 196,50 EUR auf 198,00 EUR monatlich, also um 0,77 v. H. erhöht worden (Artikel 1 § 2 SvEV vom 21. 12. 2006, BGBl. I S. 3385). Der neue Wert von 198,00 EUR soll auch für das Jahr 2008 gelten.

§ 3 Abs. 1 Unterabs. 1 der Tarifverträge über die Bewertung der Personalunterkünfte ist daher ab 1. 1. 2007 in folgender Fassung anzuwenden:

„Der Wert der Personalunterkünfte wird wie folgt festgelegt:

Wert-klasse	Personalunterkünfte	EUR je m ² Nutzfläche monatlich
1	ohne ausreichende Gemeinschaftseinrichtungen	6,65
2	mit ausreichenden Gemeinschaftseinrichtungen	7,38
3	mit eigenem Bad oder Dusche	8,42
4	mit eigener Toilette und Bad oder Dusche	9,38
5	mit eigener Kochnische, Toilette und Bad oder Dusche	10,00.“

In § 3 Abs. 4 Unterabs. 3 der Tarifverträge ist der Betrag „3,96 EUR“ durch den Betrag „3,99 EUR“ zu ersetzen.

An die
Dienstellen der Landesverwaltung

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 124

F. Kultusministerium

Diözese Hildesheim; Kirchensteuerbeschluss für das Haushaltsjahr 2007

Bek. d. MK v. 29. 1. 2007 — 24.1-54063/7 —

Bezug: Bek. v. 29. 11. 2005 (Nds. MBl. S. 970)

Nach Genehmigung des Kirchensteuerbeschlusses 2007 vom 27. 11. 2006 im Einvernehmen mit dem MF wird nach § 2 Abs. 9 KiStRG i. d. F. vom 10. 7. 1986 (Nds. GVBl. S. 281), zuletzt geändert durch § 21 Abs. 2 des Gesetzes vom 8. 12. 2005 (Nds. GVBl. S. 381), bekannt gemacht:

Der als Anlage der Bezugsbekanntmachung veröffentlichte Kirchensteuerbeschluss für das Haushaltsjahr 2006 gilt inhaltlich für das Haushaltsjahr 2007 mit der Maßgabe fort, dass Nummer 1 Buchst. c Abs. 3 folgende Fassung erhält:

„Im Übrigen wird auf die Regelungen des ländereinheitlichen Erlasses vom 17. 11. 2006 (BStBl I S. 716) hingewiesen. Weiter wird zur Pauschalierung der Einkommenssteuer nach § 37 b EStG hingewiesen auf die Regelungen des ländereinheitlichen Erlasses vom 28. 12. 2006 (Nds. MBl. 2007 S. 87).“

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 125

Diözese Osnabrück; Neufassung des Kirchensteuerbeschlusses für das Haushaltsjahr 2007

Bek. d. MK v. 29. 1. 2007 — 24.1-54063/8 —

Bezug: a) Bek. v. 29. 11. 2005 (Nds. MBl. S. 973)
b) Bek. v. 28. 9. 2006 (Nds. MBl. S. 949)

Nach Genehmigung der Neufassung des Kirchensteuerbeschlusses 2007 vom 29. 12. 2006 im Einvernehmen mit dem MF wird nach § 2 Abs. 9 KiStRG i. d. F. vom 10. 7. 1986 (Nds. GVBl. S. 281), zuletzt geändert durch § 21 Abs. 2 des Gesetzes vom 8. 12. 2005 (Nds. GVBl. S. 381), bekannt gemacht:

Der als Anlage der Bezugsbekanntmachung zu a veröffentlichte Kirchensteuerbeschluss für das Haushaltsjahr 2006 gilt inhaltlich für das Haushaltsjahr 2007 mit der Maßgabe fort, dass Nummer 1 Buchst. c Abs. 3 folgende Fassung erhält:

„Im Übrigen wird auf die Regelungen des ländereinheitlichen Erlasses vom 17. 11. 2006 (BStBl I S. 716) hingewiesen. Weiter wird zur Pauschalierung der Einkommenssteuer nach § 37 b EStG hingewiesen auf die Regelungen des ländereinheitlichen Erlasses vom 28. 12. 2006 (Nds. MBl. 2007 S. 87).“

Die Bezugsbekanntmachung zu b wird aufgehoben.

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 125

Bischöflich Münstersches Offizialat; Neufassung des Kirchensteuerbeschlusses für den Oldenburgischen Teil der Diözese Münster für das Haushaltsjahr 2007

Bek. d. MK v. 29. 1. 2007 — 24.1-54063/9 —

Bezug: a) Bek. v. 29. 11. 2005 (Nds. MBl. S. 981)
b) Bek. v. 7. 11. 2006 (Nds. MBl. S. 1371)

Nach Genehmigung der Neufassung des Kirchensteuerbeschlusses 2007 vom 29. 12. 2006 im Einvernehmen mit dem MF wird nach § 2 Abs. 9 KiStRG i. d. F. vom 10. 7. 1986 (Nds. GVBl. S. 281), zuletzt geändert durch § 21 Abs. 2 des Gesetzes vom 8. 12. 2005 (Nds. GVBl. S. 381), bekannt gemacht:

Der als Anlage der Bezugsbekanntmachung zu a veröffentlichte Kirchensteuerbeschluss für das Haushaltsjahr 2006 gilt inhaltlich für das Haushaltsjahr 2007 mit der Maßgabe fort, dass Nummer 1 Buchst. c Abs. 3 folgende Fassung erhält:

„Im Übrigen wird auf die Regelungen des ländereinheitlichen Erlasses vom 17. 11. 2006 (BStBl I S. 716) hingewiesen. Weiter

wird zur Pauschalierung der Einkommenssteuer nach § 37 b EStG hingewiesen auf die Regelungen des ländereinheitlichen Erlasses vom 28. 12. 2006 (Nds. MBl. 2007 S. 87).“

Die Bezugsbekanntmachung zu b wird aufgehoben.

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 125

H. Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Umorganisation der Niedersächsischen Forstlichen Versuchsanstalt

RdErl. d. ML v. 2. 2. 2007 — 405-01560-137 —

— VORIS 79100 00 00 30 021 —

Der Bezugserlass wird aufgehoben.

An die
Dienststellen der Forstverwaltung

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 125

Landesmedienanstalt

Zulassungsverfahren zur Veranstaltung von Hörfunk; Ausschreibung der terrestrischen Mittelwellenfrequenz Braunschweig 630 kHz

— Bek. d. NLM v. 1. 2. 2007 —

Der NLM ist gemäß § 3 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3 NMedienG die terrestrische Hörfunkfrequenz Braunschweig 630 kHz zugeordnet worden. Die laufende Zulassung für diese Frequenz endet am 31. 3. 2007. Die neue Zulassung wird auf ein Jahr befristet (1. 4. 2007 bis 31. 3. 2008), da anschließend eine Digitalisierung dieser Frequenz vorgesehen ist.

Interessenten werden hiermit aufgefordert, Zulassungsanträge für die einjährige Lizenzperiode bei der NLM zu stellen.

Für die Stellung dieser Anträge wird eine **Ausschlussfrist bis 7. 3. 2007, 12.00 Uhr**, bestimmt. Anträge, die nach Ablauf dieser Frist bei der NLM eingehen, können nicht berücksichtigt werden.

Die Zulassungsanträge sind schriftlich in dreifigfacher Ausfertigung an folgende Anschrift zu richten:

Niedersächsische Landesmedienanstalt, Seelhorststraße 18, 30175 Hannover.

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 125

Landeswahlleiter

Gesamtergebnis der Wahlen für die kommunalen Vertretungen am 10. 9. 2006

Bek. d. Landeswahlleiters v. 10. 1. 2007
— LWL 11422/1.2.5 —

Hiermit gebe ich das Gesamtergebnis der Wahlen für die kommunalen Vertretungen (Kreis- und Gemeindewahlen) am 10. 9. 2006 bekannt.

Etwaige Änderungen, die aufgrund von Wahleinsprüchen eingetreten sein können, sind nicht berücksichtigt.

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 125

Kommunalwahlen in den kreisfreien Städten und in den Landkreisen/der Region Hannover am 10. 9. 2006
– Endgültiges Ergebnis [Kreiswahlen] –

Region, Landkreis, Bezirk, Land	Eh- heit ^{a)}	Wahlberechtigte				Wählerinnen/Wähler				Stimmzettel				Von den gültigen Stimmen entfallen auf ^{c)}																																					
		It. Wählerverzeichnis		nach § 19 Abs. 2 NKG (Säb. ständige Wahl- scheine)	Ins- gesamt (A1+A2 +A3)	Ins- gesamt mit Sperr- vermerk W. (Wahl- schein)		Wahl- be- teiligung un- ter Wahl- schein		gültige Wahl- be- teiligung		Gültige Stimmen		CDU		SPD		GRÜNE		FDP		WASG		DRP		DP		ZEN- TRUM		GRAUE Linke		REP		FAMILIE		NPD		ödp		PBC		Offen- sive D		POGO- PARTEI		STATT Partei		WGR		EB	
		Nr.	Name	A1	A2	A3	B	B1	C1	C2	D	D1	D2	D3	D4	D5	D6	D7	D8	D9	D10	D11	D12	D13	D14	D15	D16	D17	D18	D19	D20	D21	D22																		
452 Auriach	Zahl	143505	11108	0	154613	90373	10505	58,5	5,0	95,0	100	28,3	47,1	5,7	3,7	15	3	8	3	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29059	—												
	%																																					11,7	—												
	Stütze																																					6	—												
	weibl.																																					1	—												
453 Cloppen- burg	Zahl	111606	7639	0	119245	64960	7092	54,5	2,7	97,3	1229	63231	184387	125156	32460	6336	9553	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10882	—													
	%																																					5,9	—												
	Stütze																																					3	—												
	weibl.																																					1	—												
454 Emsland	Zahl	229564	15497	0	245061	137623	14548	56,2	2,1	97,9	100	67,0	262281	72918	391236	32478	12885	21171	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21106	—														
	%																																					5,4	—												
	Stütze																																					0	—												
	weibl.																																					15,6	—												
455 Friesland	Zahl	76867	5735	0	82502	41017	5398	49,7	2,7	97,3	1101	39916	116362	32478	47547	7054	11171	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18112	—														
	%																																					7,4	—												
	Stütze																																					3	—												
	weibl.																																					0	—												
456 Grafschaft Bentheim	Zahl	100687	5812	0	106499	57554	5450	54,0	2,1	97,9	100	48,9	162920	79554	52249	6831	9315	—	2516	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12055	—													
	%																																					9,6	—												
	Stütze																																					5	—												
	weibl.																																					1	—												
457 Leer	Zahl	122896	9202	0	132098	72047	8587	54,5	3,5	96,5	2528	69519	201069	70516	88836	14643	7858	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19216	—														
	%																																					4,9	—												
	Stütze																																					2	—												
	weibl.																																					0	—												
458 Oldenburg	Zahl	92136	7471	0	99607	55907	6954	56,1	2,3	97,7	100	44,2	159879	55336	60909	11617	227619	160023	34869	27731	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7821	—												
	%																																					1	—												
	Stütze																																					0	—												
	weibl.																																					0	—												
459 Osnabrück	Zahl	258487	23792	0	282279	161653	22317	57,3	2,2	97,8	100	49,5	158168	459838	227619	160023	34869	27731	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9596	—														
	%																																					2,1	—												
	Stütze																																					0	—												
	weibl.																																					0	—												
460 Vechta	Zahl	93528	60322	0	99560	56118	5663	56,4	2,3	97,8	1263	54855	159403	111148	27092	3805	10132	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7226	—														
	%																																					4,5	—												
	Stütze																																					2	—												
	weibl.																																					0	—												
461 Weser- marsch	Zahl	69493	5042	0	74535	38897	4701	52,2	3,1	96,9	1211	37686	109060	36413	46292	6872	12552	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,4	—															
	%																																					3	—												
	Stütze																																					0	—												
	weibl.																																					0	—												

Kommunalwahlen in den kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise/der Region Hannover am 10. 9. 2006
– Endgültiges Ergebnis (Gemeindeewahlen) –

Region, Landkreis, Bezirk, Land	Eh- heit ^{a)}	Wahlberechtigte				Wählerinnen/Wähler				Stimmzettel				Von den gültigen Stimmen entfallen auf ^{c)}																				
		It. Wählerverzeichnis	nach § 19 Abs. 2 NKG (Säb. ständige Wahl- scheine)	Ins- gesamt (A1+A2 +A3)	Wahl- beteili- gung mit Wahl- schein	Wahl- beteili- gung da- unter mit Wahl- schein	Ins- gesamt	Gültige Stimmen	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	WASG	DRP	DP	ZEN- TRUM	GRAUE Linke	REP	FAMILIE	NPD	ödp	PBC	Offen- sive D	POGO- PARTEI	STATT Partei	Pro DW	D19	D20	D21	D22				
		Nr.	Name	A1	A2	A3	B	B1	C1	C2	D	D1	D2	D3	D4	D5	D6	D7	D8	D9	D10	D11	D12	D13	D14	D15	D16	D17	D18	D19	D20	D21		
352 Cuxhaven	Zahl	156287	10312	0	166599	85211	9694	51,1	2,2	97,8	100	43,0	37,6	3,8	4,2	—	—	106	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26291	1433		
	Stize weibl.											737	319	253	15	22	—	—	0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,8	0,6		
353 Hamburg	Zahl	176914	16826	0	193740	96314	15412	49,7	1,9	98,1	100	38,0	27,4	6,3	6,6	—	—	149	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	122	6
	Stize weibl.											650	220	158	29	28	—	—	0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	0
354 Lüchow- Dannenberg	Zahl	37059	5582	0	42641	24662	5216	57,8	2,2	97,9	100	39,2	21,0	3,7	3,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32,7	0,2	
	Stize weibl.											307	114	56	8	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	119	1
355 Lüneburg	Zahl	125501	13005	0	138506	73507	12065	53,1	2,0	98,0	100	36,8	36,7	10,9	5,4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15933	984	
	Stize weibl.											569	228	190	42	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,5	0,5	
356 Osterholz	Zahl	83778	6586	0	90364	47972	6125	53,1	2,0	98,0	100	35,0	41,5	6,4	6,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,6	0,8	
	Stize weibl.											233	83	95	12	11	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27	2	
357 Rotenburg (Wümme)	Zahl	122969	8501	0	131470	77204	8085	58,7	1,7	98,3	100	43,7	30,1	4,2	3,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	39965	224	
	Stize weibl.											49	13	24	2	3	0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	0	
358 Soltau- Fallingstedt	Zahl	104822	8329	12	113163	60136	7975	53,1	2,0	98,0	100	45,6	34,4	4,0	4,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19478	349	
	Stize weibl.											726	269	197	19	15	0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	223	2		
359 Uelzen	Zahl	144348	13293	0	157641	81875	12555	51,9	2,0	97,9	100	40,2	33,4	5,0	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50	1	
	Stize weibl.											140	45	50	8	3	0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	0	
360 Verden	Zahl	98484	8081	0	106565	58530	7642	54,9	1,8	98,2	100	39,2	39,2	6,6	6,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34800	451	
	Stize weibl.											578	178	15	12	5	0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13046	1088	
361 Verden	Zahl	73075	6542	0	79617	45485	6127	57,1	2,1	97,9	100	42,7	33,2	5,4	2,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12456	424	
	Stize weibl.											369	179	112	15	5	0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	55	3	
												123	35	56	9	3	0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	2	

Nds. MBL. Nr. 7/2007

卷之三

卷之三

i) Darunter: weibl. = Anzahl der vor

2) Bezeichnung der Wahlvorschläge	
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
FDP	Freie Demokratische Partei
WASG	Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahl alten Deutschen Kommunistische Partei
DKP	DEUTSCHE PARTEI
DP	Deutsche Zentrumspartei – Älteste Partei Deu
ZENTRUM	DIE GRAUE PANTHER
GRAUE	Die Linkspartei *)
Die Linke.	DIE REPUBLIKANER
REP	FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS
FAMILIE	Mensch Umwelt Tierschutz
The Tierschuttpartei	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NPD	Ökologisch-Demokratische Partei
ödp	Partei Bibelsttauer Christen
PBC	Partei Rechtsstaatlicher Offensive
Offensive D	POGO-PARTEI
–	Pro Deutsche Mitte – Initiative Pro D-Mark – STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN
Pro DM	Wählergruppen
STATT Partei	WGK

EB Einzelbewerber/in
*) Die Linkspartei ist bislang unter dem Namen „PDS – Partei des Demokratischen Sozialismus“ angereten.

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Hannover

**Ergebnis des Screening-Verfahrens gemäß § 3 a UVPG
(Rostkühler der Firma Holcim [Deutschland] AG,
Werk Höver)**

**Bek. d. GAA Hannover v. 14. 2. 2007
— H022172004/011 —**

Die Firma Holcim (Deutschland) AG, Werk Höver, Hannoversche Straße 28, 31319 Sehnde, hat beim GAA Hannover die Erteilung einer Genehmigung gemäß § 16 Abs. 1 i. V. m. § 16 Abs. 2 BImSchG i. d. F. vom 26. 9. 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. 12. 2006 (BGBl. I S. 3180), für die Errichtung und den Betrieb eines Rostkühlers als Nebenanlage des vorhandenen Zementwerks beantragt. Standort der gesamten Anlage ist das Grundstück 31319 Sehnde, Hannoversche Straße 28, Gemarkung Höver, Flur 1, Flurstück 384/3.

Im Rahmen dieses Verfahrens ist gemäß § 3 c i. V. m. § 3 e und Anlage 1 UVPG i. d. F. vom 25. 6. 2005 (BGBl. I S. 1757, 2797), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. 12. 2006 (BGBl. I S. 3316), durch eine Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Diese nach den Vorgaben der Anlage 2 UVPG vorgenommene Prüfung ergab, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchgeführt zu werden braucht.

Das festgestellte Prüfungsergebnis ist nicht selbständig anfechtbar (§ 3 a UVPG).

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 137

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(Versandschlachterei Vogler, Luckau)**

**Bek. d. GAA Lüneburg v. 15. 1. 2007
— LG 027101668 Kön —**

Die Karl Vogler Versandschlachterei, 29487 Luckau, Ortsteil Steine, hat mit Antrag vom 13. 10. 2006 die Genehmigung gemäß § 16 Abs. 2 BImSchG i. d. F. vom 26. 9. 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. 12. 2006 (BGBl. I S. 3180), für die wesentliche Änderung der genehmigungsbedürftigen Anlage, Anlage zum Schlachten von Schweinen i. S. der Nummer 7.2 Spalte 1 der 4. BImSchV, beantragt. Der Antrag beinhaltet den Neubau von zwei Kühlräumen und die Erweiterung der Ammoniakkälteanlage. Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 c UVPG i. d. F. vom 25. 6. 2005 (BGBl. I S. 1757, 2797), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. 12. 2006 (BGBl. I S. 3316), durch eine allgemeine Vorprüfung zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist. Diese nach den Vorgaben der Anlage 2 UVPG durchgeführte Prüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.

Das festgestellte Prüfungsergebnis ist nicht selbständig anfechtbar (§ 3 a UVPG).

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 137

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG;
Öffentliche Bekanntmachung
(Deutsche BP Aktiengesellschaft Erdöl-Raffinerie Emsland)**

**Bek. d. GAA Oldenburg v. 29. 1. 2007
— 06-186-01/Lin-4.4/332 —**

Die Firma Deutsche BP Aktiengesellschaft Erdöl-Raffinerie Emsland hat mit Schreiben vom 14. 12. 2006 die Erteilung einer Änderungsgenehmigung gemäß § 16 Abs. 1 BImSchG i. d. F. vom 26. 9. 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. 12. 2006 (BGBl. I S. 3180), für die wesentliche Änderung ihrer Anlagen zur Destillation, Raffination und sonstigen Weiterverarbeitung von Erdölen in der Raffinerie Lingen beantragt.

Der Antrag beinhaltet folgende wesentliche Maßnahmen:

- Errichtung und Betrieb von drei neuen Lagertanks für Kohlenwasserstoffe, Alkohole und leicht entzündliche Ether im Tankfeld Ost,
- Erstellung einer neuen Werkstraße,
- Errichtung und Betrieb eines neuen Entladearmes für ETBE im Stichhafen,
- Errichtung und Betrieb eines neuen Rohrgrabens und neuer Rohrbrücken,
- Errichtung und Betrieb eines neuen Pumpenhauses,
- Erweiterung des Schalthauses 22,
- Verwendung von Werkstoffen für Rohrleitungen nach den amerikanischen Normen ANSI, ASTM und API.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 e i. V. m. § 3 c UVPG i. d. F. vom 25. 6. 2005 (BGBl. I S. 1757, 2797), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. 12. 2006 (BGBl. I S. 3316), durch eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Diese nach den Vorgaben der Anlage 2 UVPG durchgeführte Prüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchgeführt zu werden braucht. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung selbständig nicht anfechtbar ist.

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 137

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG;
Öffentliche Bekanntmachung
(Papier- und Kartonfabrik Varel GmbH & Co. KG, Varel)**

**Bek. d. GAA Oldenburg v. 6. 2. 2007
— 06/179 Ma; 6.2/1 —**

Die Firma Papier- und Kartonfabrik Varel GmbH & Co. KG, Dangaster Straße 38, 26316 Varel, hat beim GAA Oldenburg mit Schreiben vom 5. 12. 2006 die Erteilung einer Änderungsgenehmigung gemäß § 16 Abs. 1 BImSchG i. d. F. vom 26. 9. 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. 12. 2006 (BGBl. I S. 3180), zur wesentlichen Änderung ihrer Anlage zur Herstellung von Papier, Karton oder Pappe mit einer Produktionsleistung von 20 Tonnen oder mehr je Tag auf dem Betriebsgrundstück in 26316 Varel, Dangaster Straße 38 (Gemarkung Varel Stadt, Flur 5, Flurstücke 7/9), beantragt.

Gegenstand des Antrages ist die Errichtung und der Betrieb eines Blockheizkraftwerks bestehend aus den Biogasmotoren BGM 1/2 und dem Abhitzedampferzeuger K9 im Kraftwerk 2.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 e i. V. m. § 3 c UVPG i. d. F. vom 25. 6. 2005 (BGBl. I S. 1757, 2797), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. 12. 2006 (BGBl. I S. 3316), durch eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vor-

haben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Diese nach den Vorgaben der Anlage 2 UVPG durchgeführte Vorprüfung des Einzelfalles hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das o. g. Vorhaben nicht durchgeführt zu werden braucht.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass diese Feststellung nicht selbstständig angefochten werden kann.

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 137

Berichtigungen

Berichtigung des RdErl. Maßnahmen bei Arzneimittelzwischenfällen

In Nummer 3.1.1.1 erster Spiegelstrich des RdErl. des MS vom 6. 11. 2006 (Nds. MBl. S. 1386) — VORIS 21063 — werden in den Rufnummern (Telefon und Telefax) jeweils die Ziffern „484“ gestrichen.

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 138

Berichtigung des Beschl. Umstrukturierung der Aufgaben und Auflösung des Landesjugendamtes

Im einleitenden Satz des Beschl. der LReg vom 17. 10. 2006 (Nds. MBl. 2007 S. 89) — VORIS 20100 — wird das Datum „17. 11. 2006“ durch das Datum „17. 10. 2006“ ersetzt.

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 138

Neuerscheinungen

ZTR — Zeitschrift für Tarifrecht, Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Die ZTR erscheint monatlich. Jahresabonnement: 182,— EUR einschließlich Versandkosten. Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Emmy-Noether-Straße 2, 80992 München.

Heft Nr. 12/2006 enthält u. a. folgende Beiträge:

Hock/Kramer/Schwerdle, Ausgewählte Fragen bei der Anwendung des TVöD in der Praxis

Brech-Heitzmann, Die Anfechtbarkeit von Arbeitsverträgen wegen verschwiegener Schwerbehinderung.

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 138

ZTR — Zeitschrift für Tarifrecht, Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Die ZTR erscheint monatlich. Jahresabonnement: 182,— EUR einschließlich Versandkosten. Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Emmy-Noether-Straße 2, 80992 München.

Heft Nr. 1/2007 enthält u. a. folgende Beiträge:

Kortstock, Reform des Hochschulbefristungsrechts — Entwurf eines Wissenschaftszeitvertragsgesetzes

Vogelgesang, Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Entwicklung des öffentlichen Dienstrechts, insbesondere bezüglich Kürzungen im Besoldungs- und Versorgungsbereich

Koenig/Pfromm, Ausschreibungspflicht bei der Entgeltumwandlung?

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 138

März, **Niedersächsische Gesetze**, Loseblatt-Textsammlung sowie Fundstelle- und Änderungsnachweis des geltenden Landesrechts 1. 1. 1806 — 1. 10. 2006. 77. Ergänzungslieferung, Stand: Oktober 2006, rd. 210 Seiten, 10,50 EUR, ISBN 978-3-406-55411-7. Gesamtwerk: rd. 3 725 Seiten, im Ordner, 50,— EUR, ISBN 978-3-406-44548-4. Verlag C. H. Beck, Postfach 40 03 40, 80703 München, im Internet www.beck.de.

Die 77. Ergänzungslieferung bringt den Textteil der Sammlung auf den Stand vom 1. 10. 2006.

Neu gefasst wurde die NKWO.

Neu aufgenommen wurden die DVO Nds. AG SGB XII und die Verordnung zur Durchführung des Landpachtverkehrsgesetzes und zur Bereinigung des Siedlungsrechts.

Berücksichtigt wurden u. a. die Änderungen der NGO, der NLO, des Gesetzes über die Region Hannover, des NKomZG und des NSpG.

Im Übrigen sind durch die Ergänzungslieferung weitere Änderungen des niedersächsischen Rechts in die Sammlung eingearbeitet worden.

Die Register Inhalt I, Inhalt II und das Abkürzungsverzeichnis wurden auf den neuesten Stand gebracht.

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 138

Schiwy, **Chemikaliengesetz**, Kommentar. 192. Ergänzungslieferung, Stand: 1. 10. 2006, 78,— EUR. Verlag R. S. Schulz GmbH, Freisinger Straße 3, 85716 Unterschleißheim.

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 138

Schiwy, **Deutsche Tierschutzgesetze**, Sammlung deutscher und internationaler Bestimmungen, Kommentar. 126. Ergänzungslieferung, Stand: 1. 11. 2006, 102,— EUR. Verlag R. S. Schulz GmbH, Freisinger Straße 3, 85716 Unterschleißheim.

— Nds. MBl. Nr. 7/2007 S. 138

Herausgegeben von der Niedersächsischen Staatskanzlei
Verlag und Druck: Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover; Postanschrift: 30130 Hannover, Telefon 0511 8550-0, Telefax 0511 8550-2400, Postbank Hannover 4 10-308. Erscheint nach Bedarf, in der Regel wöchentlich. Laufender Bezug und Einzelstücke können durch den Verlag bezogen werden. Bezugspreis pro Jahr 130,40 €, einschließlich 8,53 € Mehrwertsteuer und 12,80 € Portokostenanteil. Bezugskündigung kann nur 10 Wochen vor Jahresende schriftlich erfolgen. Einzelnummer je angefangene 16 Seiten 1,55 €. ISSN 0341-3500. Abonnementsservice: Christian Engelmann, Telefon 0511 8550-2424, Telefax 0511 8550-2405
Einzelverkaufspreis dieser Ausgabe 1,55 € einschließlich Mehrwertsteuer zuzüglich Versandkosten